

Bezugspreis: Vierteljahr 12.- M., monatlich 12.- M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 12.- M. einschl. Postgebühren. Unter Kreuzband für Deutschland, Böhmen, das Saar- und Rheingebiet, sowie die ehemals deutschen Gebiete Ostens, Ostpreußen, Ungarn und Bessarabien 12.- M. für das übrige Ausland 14.- M. Postbestellungen nehmen an Österreich, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Dänemark, Holland, Bessarabien, Schweden und die Schweiz. Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Wort und Welt“, der Unterhaltungsbeilage „Krautwurz“ und der Beilage „Stellung und Meinung“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Freitags einmal.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Verantwortlicher: Redaktion Moritzplatz 151 95-97
Expedition Moritzplatz 117 53-54

Sonnabend, den 22. Oktober 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeigen-Abteilung Moritzplatz 117 53-54

Anzeigenpreis:
Die neuangelegte Konkurrenzzeile kostet 4.- M. „Alois Anzeigen“ das festgedruckte Wort 2.- M. (unabhängig zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 1.- M. Stellungs- und Schlusszeilenanzeigen das erste Wort 1.- M., jedes weitere Wort 60 Hg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten 50 Hg. Die Preise verstehen sich einschließlich Anzeigenaufschlag.
Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Schlußzeit von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Exkaiser Karl im Burgenland!

Karlistische Regierung in Budapest.

Wien, 22. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Der Exkaiser Karl Habsburg ist um 2 Uhr nachts im Flugzeug in Oedenburg eingetroffen. Die Truppen wurden, auf seinen Namen verpflichtet und begrühten ihn mit Eshorufen. Der Oedenburger Gendarmeriekommandant, Major Ostburg, verhält sich vorläufig noch abwartend. Ein Kurier der Oedenburger Entente-Mission brachte heute nacht die Befestigung des Eintreffens des Exkaisers in Oedenburg. Karl soll an der Spitze der Prunay- und Ostburg-Truppen nach Budapest marschieren. Der Zugverkehr nach Ungarn ist eingestellt.

Bundeskanzler Schober hat den tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Beneš sofort von dem Ereignis verständigt.

Wien, 22. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) In Budapest ist die Regierung Beschlüsse gefasst. Eine karlistische Regierung mit Rakoszy und Julius Andrássy ist an ihre Stelle gesetzt worden.

Budapest, 21. Oktober. (W.B.) In einer Wählerversammlung in Pecs (Fünfkirchen) sprach Ministerpräsident Graf Bethlen auch über die Abnähmestage und sagte da: Durch die Revolution und die Unterzeichnung des Vertrages von Trianon sei Ungarn zu einem unabhängigen Staat geworden. Der König sei durch die Revolution in der Ausübung der Herrscherrechte verhindert worden. Da aber gemäß der ungarischen Verfassung in der Ausübung dieser Rechte keine Unterbrechung eintreten dürfe, andererseits die Ausübung von der Annahme gewisser Bedingungen abhängt, so müsse die Regierung im Auftrag der Nation mit dem König über diese Bedingungen verhandeln. Ihr obliege die Pflicht, ohne auf den Standpunkt zu verzichten, daß die Erledigung der Königsfrage eine innere Angelegenheit sei, auch mit den Signatarmächten die diplomatische Fühlungnahme zur Befestigung des ungarischen Standpunktes aufzunehmen. Solange die Verhandlungen zu keinem Resultate führten, würden alle Bestrebungen zur Ausfertigung der Königsfrage innerhalb und außerhalb des Parlamentes als

verfassungswidrig und revolutionär von der Regierung unterdrückt werden. Die Regierung werde unter keinen Umständen weder einen Putsch noch eine Deszension dulden.

Durch diese Erklärungen des Ministerpräsidenten erscheinen, wie das ungar. Tel.-Korr.-Bureau erklärt, die Gegensätze zwischen den extremen Rechtskräften und den extremen Anhängern der freien Königswahl überbrückt.

Zum zweitenmal hat eine Schar gewissenloser Abenteurer die Unbesonnenheit eines halbtoten jungen Menschen zu einem Streich benutzt, der dem Frieden Mitteleuropas gefährlich zu werden droht.

Der erste Streich verlief wie eine Post. Am 16. März war Karl verkleidet in Steinamanger erschienen, wo er beim katholischen Bischof abstieg, das Feldmarschallgewand anzog und den Ministerpräsidenten Teleky zu sich beschied. Mehrere Tage wurde der Besuch geheimgehalten, dann aber flammte der Zorn der Arbeiter Deutschösterreichs und der Tschechoslowakei auf, der Druck der Kleinen Entente setzte ein und nach ein paar weiteren Tagen wurde Karlchen zu seiner Zita heimgeschickt.

Die Rückfahrt gestaltete sich äußerst schwierig, da die Arbeiterschaft von Leoben es sich nicht nehmen lassen wollte, dem angestammten Landesoberen eine „Huldigung“ zu bringen. Nur den stundenlangen Bemühungen der leitenden Parteigenossen gelang es, die Weiterfahrt zu ermöglichen.

Daß auch der zweite Besuch des jungen Abenteurers einen ebenso unblutigen fahrlässigen Verlauf nehmen wird, muß leider bezweifelt werden. Was das erstmalig wie eine Post verlief, droht diesmal sich zur Tragödie zu wenden. Der Monarchismus im alten Österreich, der sich von seinem ersten Sprung, mit dem Fluch der Lächerlichkeit bedeckt, zurückziehen mußte, rüstet sich jetzt zu einem letzten Verzweiflungskampf.

Wie war es aber möglich, daß Karl Habsburg zum zweitenmal sein gesichertes Asyl in der Schweiz verlassen und dieses neue gefährliche Abenteuer beginnen konnte?

Abgesehen von der sträflichen Nachlässigkeit der Schweizerischen Polizei, die erwiesen wäre, wenn dem Karl diese Wiederholung seines Osterreichausflugs, etwa im westlich-almährischen Offiziersgewande, gelungen wäre, hat die Sache ihre sehr ernste Seite. Horthy-Ungarn nennt sich Königreich und wenn auch ein erheblicher Teil der magyarischen Monarchisten gegen eine Wiederaufrichtung des Habsburger Throns, schon gar nicht die Inhaber ist, so erfreuen sich doch die habsburgischen Bestrebungen auf Errichtung eines neuen Reiches vor-

läufig von ihm bis Szegedin mächtiger Förderung durch gewisse Hauptunterzeichner jenes Militärvertrages von St. Germain, der die Wiedertekehr der Habsburger und die Wiedervereinigung der auseinandergetrennten Teile des Donauraumes feierlich und „unverbrüchlich“ verbietet.

Ungarn wird von Italien als eventuellem Bundesgenosse gegen Südslawien und von Frankreich als Hilfstruppe gegen den abbauenden russischen, den eingeschloßnen deutschösterreichischen und den befürchteten rumänischen und tschechoslowakischen Bolschewismus betrachtet und dieser Wertschätzung verdankt es die vertragswidrige Duldung seiner vergleichsweise ungeheuren Militärmacht, mag sie nun als Armee, Gendarmerie, Feuerwehr oder „statistischer Beamtenkörper“ firmieren. Beneš hat zwar erst dieser Tage verkündet, daß die Kleine Entente jeden Versuch einer monarchischen Restauration niederschlagen werde, allein die große wirtschaftlich-finanzielle Abhängigkeit der Kleinen Entente von der Großen darf nicht übersehen werden. Wenn nun Briand und Lloyd George für einige Wochen nach Washington gehen, dann kann ja allershand geschehen, ohne daß ihre Verantwortlichkeit hüllenlos klar wird. Es kann allershand geschehen, wenn es die Arbeiterklasse zuläßt. Mag sie die Augen offen halten, daß nicht zunächst Deutschösterreich und dann noch manches andere horthyisiert wird!

Selbst ein vorübergehender Erfolg des habsburgischen Monarchismus in Österreich könnte auf Deutschland starke Rückwirkungen ausüben. Von dorther droht eine Ermütigung des gegenrevolutionären Putschismus in Bayern und anderswo. Auch die Arbeiterschaft Deutschlands hat also allen Grund, die Entwicklung, die die Dinge auf dem Boden der ehemaligen k. u. k. Monarchie nehmen werden, mit wachsamem Auge zu verfolgen. Sie steht nicht nur mit ihrer Sympathie bei der Arbeiterschaft des tief erregten und zur äußersten Abwehr entschlossenen Wien, sie ist mit ihr bis zum letzten solidarisch und muß bereit sein, jede Art von Hilfe zu leisten, die zu leisten möglich und notwendig ist.

Rom Rhein, von der Elbe und der Spree, aus ganz Deutschland klingt es hinüber an die Donau: Es lebe die Republik!

Renner über Karls Handstreich.

Ein Mitglied unserer Redaktion hatte heute vormittag Gelegenheit, den in Berlin anwesenden ehemaligen Staatskanzler Österreichs, Genossen Dr. Karl Renner, zu sprechen. Dieser äußerte sich über die neuesten Ereignisse in Österreich folgendermaßen:

Die monarchistische Strömung in der Republik Österreich ist schwach. In den westlichen Alpenländern ist, vielleicht von einigen pensionierten Offizieren abgesehen, alles entschieden anti-habsburgisch gesinnt. Eine gewisse Stütze findet der Karlistismus noch in Steiermark und in einer schmalen bürgerlichen Schicht in Wien. Die Arbeiterschaft im ganzen Lande ist fest entschlossen, einen Vorstoß der monarchistischen Gegenrevolution mit bewaffneter Hand abzuwehren. Sie ist wachsam, sie ist auch gerüstet und wird den Kampf aufnehmen.

Das Bundesheer, das allerdings nur 18 000 Mann zählt, ist unbedingt republikanisch, wenn auch unter den Offizieren noch einige Monarchisten zu finden sein mögen. Dasselbe gilt von der Schutzpolizei und der Gendarmerie. Von innen her wird es den Karlisten niemals gelingen, in Österreich zu ihrem Ziel zu gelangen.

Die starken bewaffneten Banden, die im Burgenland stehen und dem Spruch der Entente trohen, sind zum Teil karlistisch, zum Teil sind sie in Horthys Sinne regierungstreu. Ob die ungarische Regierung selbst die Zeit für gekommen hält, Horthy durch Karl ablösen zu lassen, ist ungewiß. In Ungarn ist die Partei der Kleinen Landwirte ganz entschieden gegen die Wiedertekehr Habsburgs, aber sie verfügt über keine bewaffnete Macht und ist, wie die Bauernschaft in allen Ländern, politisch wenig aktiv.

Die weitere Entwicklung der ganzen Angelegenheit wird auch davon beeinflusst werden, ob das Kompromiß von Benedig, über das die österreichische Regierung sich in dieser Nacht entschließen wollte, zustande kommt oder ob es scheitert. Nach diesem Kompromiß soll bekanntlich in Oedenburg und Umgebung mit etwa 50 000 Einwohnern eine neue Volksabstimmung stattfinden, während das übrige Burgenland ohne weiteres an Österreich gegeben werden soll. Dieses Kompromiß kann an dem Umstand scheitern, daß Ungarn eine unbeeinflusste Volksabstimmung in Oedenburg nicht zulassen will. Das Kompromiß kann aber auch zustande kommen, und

das hat dann die Folge, daß die im Burgenland stehenden Banden zur Abrüstung gezwungen werden sollen. Wer den Charakter dieser Landstreicherformationen kennt, der muß erwarten, daß sie nicht abrüsten, sondern marschieren werden, ganz unberechenbar wohin; ob nach Wien, um die alte Monarchie und das alte Österreich-Ungarn wieder aufzurichten, oder nach Budapest, um Karl gegen Horthy als König einzusetzen. Die Haltung der Horthy-Regierung einer karlistischen Erhebung gegenüber, ist aber nichts weniger als klar. Sicher ist, daß das in Budapest stehende Korps Ostburg regierungstreu ist und im Konfliktfalle eher der Regierung als Karl folgen wird. Wenn sich Karl entschließt, auf Budapest zu marschieren, was der wahrscheinlichere Fall ist, dann wird die weitere Entwicklung der Dinge von den Absichten der ungarischen Regierung abhängen.

Aber mag sich Karl mit seinen Banden gegen Budapest wenden, wo die Aufnahme, die er finden wird, zweifelhaft ist, oder gegen Wien, wo er mit dem sicheren Widerstand der regulären bewaffneten Macht und der bewaffneten Arbeiterschaft zu rechnen hat, auf alle Fälle handelt es sich nicht bloß um eine österreichische oder eine ungarische, sondern um eine europäische Angelegenheit. Die Tschechoslowakei und Jugoslawien können diese Vorgänge nicht unbeachtet lassen. Auf alle Fälle leiten sie eine Auseinandersetzung ein zwischen Ungarn und der Kleinen Entente.

Was aber die große Entente betrifft, so muß offen ausgesprochen werden, daß ihr bisheriges Verhalten an der gefährdrohenden Lage Schuld trägt. Das Intrigenpiel, das inoffiziell von französischen und englischen Kreisen, offiziell von italienischer Seite seit Monaten in Budapest getrieben wurde, war von den alliierten Regierungen wohl bemerkt, aber nicht abgestellt worden. Was sich nun daraus entwickelt hat, bedeutet für die große Entente selbst die allerschwerste Verlegenheit. Die Verfündigung, die man an Österreich begangen hat, dessen Ansprüche auf das Burgenland man durchzusehen unterließ, hat nun eine Lage geschaffen, die den Frieden und die ruhige Entwicklung ganz Mitteleuropas auf das schwerste bedroht.

Die Oberschlesien-Krise.

Das Reichskabinett hat am Freitag noch keine Entscheidung getroffen, weil die Fraktionen ihre Beratungen noch nicht zu Ende geführt haben. Bevor die Regierung einen Entschluß faßt, wird sie noch mit dem Interfraktionellen Ausschuss verhandeln, dessen Einberufung vor der heute um 3 Uhr stattfindenden Kabinettsitzung geplant war. Da bis zurzeit im Zentrum um die Annahme oder Ablehnung der Entschuldigungsnote noch hart gekämpft wird, ist der Zusammtritt des Interfraktionellen Ausschusses noch unbestimmt.

In der demokratischen Fraktion neigt plötzlich die Stimmung zur Annahme.

Der Reichstag wird jedenfalls nicht vor Montag zusammenzutreten.

Wie wir erfahren, dringt mehr und mehr die Auffassung durch, daß Deutschland sich bereit erklären muß, Delegierte für die Wirtschaftsverhandlungen mit Polen zu ernennen, zumal eine formale Anerkennung des Endentscheids überhaupt nicht gefordert wird.

Das Kabinett tritt heute nachmittags 4 Uhr erneut zusammen.

Die Deno meldet einen „aus parlamentarischen Kreisen“ kommenden Gedanken, der darauf hinzielt, das Kabinett Birck zu bürzen, ein sogenanntes unpolitisches Geschäftskabinett zu bilden und „nach Klärung der politischen Lage“ ein weiteres neues Kabinett zu schaffen. Aus welchen Gründen man jetzt, da Deutschlands Lage eine stetige Regierungsarbeit dringend benötigt, die Kabinettschwierigkeiten zu einer ständigen Einrichtung zu machen wünscht, ist von der erwähnten parlamentarischen Seite nicht erläutert. Sie sind dennoch ziemlich deutlich zu erkennen. Schon deswegen lehnen wir jenen Plan ab.

Ein anfrisisches Telegramm des Vatikan an den Papst hat in London große Aufregung hervorgerufen. Die Irlandkonferenz ist unterbrochen — ob wegen des Telegramms, ist unklar.

In Portugal soll eine Gegenrevolution gegen den Militärputsch gesiegt haben.

Ende des Konflikts im Zeitungsgewerbe.

Erfolg der Ausgesperrten.

Der Kampf im Zeitungsgewerbe hat eine überraschende Wendung genommen. Die Belegschaft der Firma Rosse nahm heute in ihrer Betriebsversammlung folgende Entschliessung einstimmig an:

„Die Versammlung beschliesst nach Kenntnisaufnahme des Berichts der Funktionäre im Vertrauen auf die Erfüllung der gegebenen Versprechungen die Arbeit sofort wieder aufzunehmen. Sei betrachtet es als ihr gutes Recht, bei Nichterfüllung der Versprechungen den Kampf unverzüglich wieder aufzunehmen.“

In dem dieser Beschlussfassung vorausgegebenen Bericht erklärte Fuchs, daß die Situation sich seit gestern abend erheblich zugunsten der Belegschaft geändert hat. Mit dem Arbeiterrat der Firma Rosse fanden gestern erneute Verhandlungen statt, die von neutraler Seite in die Wege geleitet wurden. Bei diesen Verhandlungen wurde man sich einig, die Arbeit heute aufzunehmen, weil begründete Hoffnungen bestehen, daß die Prinzipale für ganz Berlin ab 1. Oktober die Differenz aus dem Abkommen Raffini-Heinemann nachzahlen. Die am 15. November fälligen 25 Mark würden in der nächsten Woche gezahlt werden. Zur Bezahlung der Aussperrungstage habe die Firma bisher keine Verpflichtung übernommen, doch soll dafür gesorgt werden, daß niemand eine materielle Einbuße erleidet.

Nach einer kurzen Diskussion, in der auch Raffini die Annahme der oben mitgeteilten Entschliessung empfahl, wurde diese zum Beschluß erhoben. Dem Betriebsrat überwiesen wurde außerdem eine Resolution, die fordert, daß in der Presse über die Gründe der Wiederaufnahme der Arbeit Aufklärung geschaffen wird, und die betonen soll, daß die Arbeiter nicht nur um ihre berechtigten Forderungen gekämpft habe und nicht gewöhnt sei, aus der Not der Zeit persönliche Vorteile zu ziehen.

(Siehe auch 3. Seite.)

Erneute Steigerung des Dollarkurses.

Nachdem bereits an der gestrigen New Yorker Börse die Mark wieder einer Abschwächung ausgesetzt war, zeigte sich heute vormittag im Verkehr zwischen den Banken erhöhte Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln. Im offiziellen Verkehr am Devisenmarkt wurden Dollar anfänglich mit 167 später mit 164 gehandelt. Die Umsätze waren jedoch nicht bedeutend.

Ist Ihnen bekannt...?

Wie der Sieg im Herbst 1918 nahe war.

Bei der Einweihung des Bismarck-Denkmal zu Steintin hat der Freiherr v. Wangenheim, Klein-Spiegel, behauptet, daß der Sieg im November 1918 zum greifen nahe gewesen und nur durch die Revolution verhindert worden sei. Ein solcher Sprecher würde der vollendeten Pöbellichkeit anheimfallen, wenn im deutschen Volk besser bekannt wäre, wie die Oberste Heeresleitung im Oktober 1918 händelnd und klagend die vollständige Niederlage eingestanden hat.

Schon im Sommer 1917 äußerte der damalige deutsche Kronprinz in einer von ihm überreichten Denkschrift, daß bei der jetzigen Lage an eine Offensive nicht mehr gedacht werden könne und daß, wenn der U-Boot-Krieg nicht in kürzester Zeit die verheißenen Erfolge einbrächte, Deutschland den Frieden suchen müsse. Dabei war er aber selber der Ansicht, daß die bestimmte Hoffnung auf schnelle Beendigung des U-Boot-Krieges sich nicht erfüllt habe.

Ebenso sprach der damalige Kronprinz Rupprecht von Bayern im Sommer 1917 in einer von ihm verfaßten Denkschrift aus, daß der U-Boot-Krieg eine Aushungerung Englands kaum herbeiführen werde. Er wies nach, daß unsere Materialvorräte viel schneller zu Ende gingen als die englischen, und daß namentlich die Frage des Mannschafteinsatzes mit Ablauf des Jahres brennend würde, den der Erfolg werde nicht genügen, um die im Laufe eines weiteren Kriegsjahres eintretenden Verluste zu decken.

Rudolf Steiner.

Von Dr. Victor Engelhardt.

Rudolf Steiner, über dessen Vortrag in der Philharmonie wir kürzlich berichteten, ist Theosoph — ein „Wissender von Gott“ — oder besser, wie er sich selber nennt, Anthroposoph — ein „um den Menschen Wissender“. Er behauptet, daß wir alle, wenn durch lange Übung unsere „Seelenorgane“ nur richtig ausgebildet sind, zur Erkenntnis höherer, übersinnlicher Welten fähig werden. Er hat mit diesen Behauptungen riesigen Erfolg. Seine Bücher sind in Zehntausenden von Exemplaren verbreitet; eine große „anthroposophische“ Gesellschaft hat sich um ihn geschart; Forschungsinstitute, Schulen und Kultusstätten wurden nach seinen Angaben errichtet; ja selbst auf politisch-wirtschaftlichem Gebiet geht durch den „Bund zur Dreigliederung des sozialen Organismus“ eine rege Tätigkeit auf Steiners Veranlassung zurück. Für den Zukunftsstand ist dieser Erfolg zunächst unbegreiflich — und wird noch unbegreiflicher, wenn der Leser sich in die teilweise wirre Phantastik von Steiners Büchern vertieft. Da ist von „geistigen“ Farbenwahrnehmungen zu lesen, welche dem Geheimhüter das innere Wesen der vor ihm liegenden Welt genau offenbaren; da ist von strahlenden Votosblumen die Rede, die in der Nähe des Kehlkopfes, des Herzens und des Magens sitzend, die feinsten Organe des Menschen repräsentieren — und schließlich steht vor dem Eingang in die höheren Welten der „Hüter der Schwelle“, „ein allerdings schreckliches, gespenstisches Wesen“.

Eine verstandesmäßige Diskussion über die Geheimnisse dieser höheren Welten ist für den Zukunftsstand durchaus zwecklos, da Steiner die verstandesmäßige (rationale) Grundfrage nicht anerkennt. Trotzdem dürfen auch wir die Erscheinung „Steiner“ nicht einfach beiseite schieben. Steiner und sein Erfolg müssen jeden beschäftigen, dem es um ein tieferes Verständnis der geistigen Lage unserer heutigen Epoche zu tun ist. Nicht die „Wahrheiten“ von Steiners Lehre sind für uns das Problem, sondern die Gründe des Erfolges.

Wer die in der Jugendbewegung lebendigen Kräfte studiert hat, wer gesehen hat, welche innere geistig-ethische Wandlung sich im Sozialismus vollzieht, und wie die Epoche allenthalben von religiöser Sehnsucht erfüllt ist, dem wird es klar geworden sein, daß sich der moderne Mensch immer mehr von einer rein verstandesmäßigen Lebenshaltung abwendet und einer gefühlsmäßig-ethischen, zum Teil religiösen Erfassung zustrebt. Diese Erscheinung ist, um mit Hegel zu reden, die notwendige Antithese zur verstandesmäßigen Lebenshaltung früherer Tage, die schließlich im Weltkrieg zur Katastrophe geführt hat. — Der Mensch des wirtschaftlichen Niederrufs ist naturgemäß geneigt, die Abwendung von einer einseitigen Verstandeskultur auf die Spitze zu treiben und damit allerlei religiös-phantastische Strömungen der Neuzeit zu begünstigen.

Deshalb erklärte er es für wichtig, bis zum Herbst (1917!) einen Frieden mit Rußland zu erlangen unter Verzicht auf legendenhafte Annexionen und Entschädigungen.

Während man also damals in den höchsten Kreisen so pessimistisch dachte, wie der Inhalt dieser Denkschrift zeigt, deren Wortlaut in der Broschüre „Der Sieg war zum greifen nahe“ (Verlag für Sozialwissenschaft) wiedergegeben ist, ging man in der Öffentlichkeit hin und gründete die Vaterlandspartei, die dem Zwecke diente, die Herbeiführung eines baldigen Verständigungsfriedens zu hintertreiben.

Wie aber die militärische Lage ein Jahr später, nach fünf Wochen vor Ausbruch der Revolution, sich gestaltet hatte, das zeigt am besten das Telegramm Hindenburgs vom 3. Oktober 1918 an den Reichskanzler Marx von Baden, in dem es heißt:

Infolge des Zusammenbruchs der mazedonischen Front, der dadurch notwendig gewordenen Schwächung unserer Westreserven und infolge der Unmöglichkeit, die in den Schlachten der letzten Tage eingetretenen sehr erheblichen Verluste zu ergänzen, besteht nach menschlichem Ermessen keine Aussicht mehr, dem Feind den Frieden aufzuzwingen. Der Gegner seinerseits führt ständig neue, frische Reserven in die Schlacht... Die Lage verschärft sich täglich, und kann die Oberste Heeresleitung zu schwerwiegenden Entschlüssen zwingen.

So war der Sieg im Oktober 1918 „greifbar nahe“. Wenn noch zehn Jahre verlossen sind, werden die Alldeutschen wahrscheinlich behaupten, wir hätten im Oktober 1918 vor der Einnahme von Paris gestanden!

Nationale Pöbelthaten.

Wie uns heute früh aus München gedrachtet wird, hat das politische Rundrum in München in den letzten Wochen wieder einige besondere Blüten gezeitigt. Ein Haus junger Burschen zog kürzlich vor die Wohnung des Genossen Luer und begann zu johlen, zu pfeifen und zu schreien. In das Haus wurde gerufen: Luer raus, Schieber, Berräter, Saujud, Lump! Dem Einschreiten der Polizei gelang es, dieses „Haberfeldtreiben“ abzubrechen. Weiter drangen kürzlich Nationalsozialisten in ein jüdisches Gotteshaus während des Gottesdienstes mit brennenden Zigaretten ein. Als sie hinausgedrängt werden sollten, erklärten sie, es sei nirgend in einem Volk eine Vorchrift angebracht, die das Rauchen während des Gottesdienstes verbiete! Schließlich wurde der rechtschleichewirtschaftliche Hause mit Gewalt aus dem Tempel entfernt.

Weitere Ausführungen Briands.

Paris, 21. Oktober. (W.F.) Im weiteren Verlauf seiner Rede sprach der Ministerpräsident auch von der Aburteilung der Kriegsschuldigen. Frankreich sei bereit, sie in contumaciam abzuurteilen. Uebergend zur obersten Frage sagte Briand, jetzt sei man zu einem Ergebnis gekommen. Essen werde von den französischen Kanonen bedroht und das Arsenal von Obereschiesen könne Deutschland nicht mehr dienstbar gemacht werden. Der Ministerpräsident sprach alsdann von der französischen Politik im Orient. Die Regierung von Angora habe eingewilligt, gemeinsam mit Frankreich die Grenze Ciliciens festzusetzen. Das sei ein Vorteil für Syrien.

Weiter sprach der Ministerpräsident von der Reparationsfrage. Niemals hätten die Volkswirtschaftler ahnen können,

daß der Wechselkurs nach dem Kriege so in Unordnung geraten werde und daß die Reparationspflichten sich auf Tausende von Milliarden belaufen würden. Die Finanzfrage habe einen Weltcharakter. Nachdem Briand noch kurz von seiner Reise nach Washington gesprochen hatte, verlangte er, sich einen Augenblick ausruhen zu dürfen. Die Sitzung wurde deshalb unterbrochen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung führte der Ministerpräsident aus, die Wiederherstellung des Gleichgewichts des Wechselkurses könne die ganze Welt besorgt machen, aber man dürfe trotzdem nicht die Realisierungen aus dem Auge verlieren, die man von Deutschland erwarten müsse. Den ersten Verfalltag habe Deutschland eingehalten. Der lange Krieg habe sämtliche Staatskassen in Mittellosigkeit gezogen. Für die Einzelpersonen sei das nicht der Fall. Sie hätten sich im Gegenteil mit dem Geld bereichert. Die Lage in Deutschland sei nicht anders. Die Regierung des

Reichskanzlers Wirth habe den aufrichtigen Wunsch, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Sie habe ernsthafte Anstrengungen für die Entlastung und auch in finanzieller Hinsicht gemacht. Deutschland müsse in ausländischen Devisen zahlen. Unter den Gegnern des Dr. Wirth befänden sich die großen Finanzleute und die Großindustriellen; sie führten ihre Waren und ihre Kapitalien aus, kauften Fabriken und Zeitungen im Ausland und bereiteten den Bankrott Deutschlands vor. Dieser Bankrott sei nicht ausrichtig. Ganz Deutschland sei solidarisch, und man werde sich nicht täuschen lassen. (Beifall.) Man müsse Deutschland die Erfüllung seiner Verpflichtungen erleichtern. Die Mittel, die zu diesem Ziele führen könnten, seien vertriebt. Laucheur habe im vollen Einverständnis mit allen seinen Kollegen gehandelt. Das Wirtschaftsabkommen würde gestatten, denjenigen Teil Deutschlands zu entlasten, mit dem man in Frieden leben könne. Das Abkommen verpflichte Frankreich nicht, es sei gewissermaßen eine Option. Derartige Verhandlungen hätten auf den gesunden Teil der deutschen Bevölkerung die beste Wirkung ausgeübt. Es gebe in Deutschland wie in Frankreich Leute, die durch den Krieg schrecklich gelitten hätten und den Versuch machten, den Frieden zu befestigen. (Beifall auf zahlreichen Banken.)

Wam

Rheinland, in dem ein Teil Verwandtschaft mit Frankreich vorhanden sei, sei es ein Irrtum, zu glauben, daß die Bevölkerung ihr Vaterland verlassen wolle, oder wenn man dahin gelangen könnte, daß die Rheinlande nicht mehr von Preußen regiert würden, hätte man schon ein großes Ergebnis erzielt. Briand erinnerte daran, daß die Rheingrenze durch eine gemeinsame Entscheidung der Alliierten errichtet sei und daß sie darauf verzichtet hätten, sobald sie ihren Zweck erreicht hätte. Die Alliierten wollten Deutschland helfen, seine Verpflichtungen auszuführen. Was hätten sie Deutschland antworten sollen, wenn es gesagt hätte: „Ihr verlangt viel Geld, aber Ihr legt unseren Handel durch die Zollgrenze lahm.“ Die Kontrollkommission funktionierte. — Die Konferenz in Washington sei die erste internationale große Konferenz, die das schwere Problem der Entlastung und das Problem des Stillens Ozeans anschnitten wolle. Frankreich werde dort zeigen, daß es kein Eiferstübchen sei. Es halte nicht aus Vergnügen Hunderttausende unter den Waffen. Die Frage seiner Abreise nach Washington sei eine Vertrauensfrage.

Ueber

Die Lage in Deutschland

erklärte Briand ferner, die Politik sei gut. Frankreich hoffe, daß diese Politik fortgesetzt werde. Wenn Frankreich das Ruhrgebiet allein in besetzt hätte, wäre ihm dies teuer zu stehen gekommen. Es hätte eine Lage herbeigeführt, die dem Kriege nahe gekommen wäre. Wenn aber die Regierung Wirth gestürzt worden wäre und wenn die Gegner, die aus Ruher gekommen wären, erklärt hätten, sie wollten den Vertrag von Versailles nicht mehr anerkennen, dann hätte Frankreich mit allen seinen Alliierten vorgehen können. Er hoffe, daß man niemals zu diesem Aussersten schreiten müsse.

Bezüglich der inneren Lage in Frankreich erklärte Briand, das Land habe einen gesunden Sinn. Die letzten Wahlen hätten auf einer erweiterten Grundlage stattgefunden. Die neuen Deputierten, die in die Kammer gekommen seien, wünschten eine feststehende Regierung. Sie wollten aber keine inneren Kämpfe innerhalb der republikanischen Familie. Die Mehrheit der Kammer müsse ein Reformprogramm in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung haben. Die Republikaner achteten die Gewissensfreiheit. Aber sie wollten

nicht nach rechts

und nicht nach der reaktionären Seite gehen. Wenn er keine starke Mehrheit erhalte, werde er nicht nach Washington reisen. Er werde dann einem anderen die Sorge überlassen, die Staatsgeschäfte zu führen. Er habe seine Verantwortlichkeit übernommen, jetzt müsse die Kammer das gleiche tun.

Hierauf wurde die weitere Beratung der Interpellationsdebatte auf Dienstag nachmittag vertagt.

Rücktritt des Leiters der sächsischen Landespolizei. Das Entlassungsgesuch des Generals Reichardt, des bisherigen Chefs der sächsischen Landespolizei, ist genehmigt worden. Vom Ministerium des Innern ist Ministerialrat Dr. jur. Paul Adolph an die Spitze der Landespolizei berufen worden.

endlich zarte Berge lösen massive, knorrige Szenen ab. Trohdem ist „Des Königs Harje“ ein buntschillerndes Kunstwerk, das zu dem Besten in Hauptmanns Werk gehört. Die ganz vorzügliche Vorstellung des Weinger Landestheaters ließ die Schönheiten des Stückes hell aufleuchten.

Die Presse — Auge und Ohr der Welt. Einen bemerkenswerten Sieg hat die „Chicago Tribune“ in dem Prozeß errungen, den der Bürgermeister von Chicago gegen sie angestrengt hatte. Es war beantragt, das Blatt wegen Kreditgefährdung zu einer hohen Geldstrafe verurteilen. Die „Chicago Tribune“ hatte wiederholt Gelegenheit genommen, darauf hinzuweisen, daß bei den von der Stadt vergebenen Arbeiten nicht alles mit lauterem Dingen zugehe. Die hohe Schadenersatzsumme, die die Stadtverwaltung forderte, wurde damit begründet, daß der Stadt durch diese Angriffe ungeheure Schwierigkeiten bei der Aufnahme von Krediten entstanden seien. Das Gericht stellte sich hiesse auf die Seite der verlassenen Zeitung und wies die Klage zurück. „Hätte die Stadt Recht bekommen“, erklärte ein amerikanischer Richter, „so wäre den städtischen Beamten mit dem Urteil ein Mittel in die Hand gegeben worden, die Presse einzuschüchtern und ihre Gegner zum Schweigen zu bringen. Die Presse ist aber heute Auge und Ohr der Welt. Sie ist der Anwalt der Schwachen und Leidenden und leuchtet mit der Fackel der Wahrheit in die Tätigkeit der an hoher Stelle stehenden Beamten. Ohne sie würden die Handlungen von Beamten der Allgemeinheit unbeachtet bleiben und den Schwindlern und Gaunern die Möglichkeit geboten werden, ihr verbrecherisches Treiben ungehindert fortsetzen zu können.“

Die Gasbeleuchtung wird in den französischen Bahnen verboten. Veranlaßt durch das große Eisenbahnunglück im Tunnel von Beralonnes, bei dem die Explosion eines Gasbehälters die zwei ineinandergefahrenen Züge in Brand gesetzt hat, hat jetzt der französische Eisenbahnminister den Eisenbahngesellschaften auferlegt, innerhalb bestimmter Zeiträume die Gasbeleuchtung in den Eisenbahnzügen zu beseitigen. Bis zum 1. Januar 1923 muß so das Gas in den Schnellzügen vollständig verschwinden sein, während für die anderen Züge bis zum 1. Januar 1925 die elektrische Beleuchtung eingeführt sein muß. Entsprechende Veränderungen haben auch die Vorortbahnen vorzunehmen. Sollte sich aus einer Nichtbefolgung ein Unfall ergeben, so wird den Gesellschaften die ganze Verantwortung zugeschoben.

Erkennführungen der Woche. Mont. Schloß-Theater Steglitz: „Die Ehe“. — Mittw. Schauspielhaus Potsdam: „Der Liebesdiplommat“. — Theater in der Kommandantenstraße: „Dobut“. — Freit. General-Theater: „Das Detektivmädchen“. — Sonnab. Theater des Doms: „Einiger Zeit“.

Uraufführungen. Sonntag: Die deutsche Donau, Montag: Unter dem Riesengebirge, Dienstag, Donnerstag, Sonnabend: Am Flugzeug zum Monde, Freitag: Von der Spitze zum Wagnern. In der Reihe der Uraufführungen spricht Dr. Roll über: Prophezeiungen und Hellschauer.

Gischtage im Oktober. Die ungewöhnliche Wärme in diesem Oktober hat in Paris eine ganze Anzahl Gischtage zur Folge gehabt; an einem einzigen Tage wurden drei solcher Feste festgesetzt.

So ist der Boden für einen Mann wie Steiner durchaus vorbereitet. Er findet die Menschen für seine Ansichten reif. Trohdem würde es ihm unmöglich sein, eine festgeschlossene und treue Schar um sich zu sammeln, wenn er nicht unter den für ihn „Reifen“ eine engere Auswahl trafe und alle ausschloße, die irgendwie geneigt wären, selbständige, lehrerliche Wege zu gehen. Dieses Auswahlverfahren leuchtet zwischen den Zeilen des Buches „Von der Erkenntnis höherer Welten“ deutlich hervor. Erste Forderung an den künftigen „Geheimhüter“ ist das Vorhandensein einer „devotionellen“ (verehrungsfähigen) Anlage des Charakters, die innerhalb des Geheimbundes weiter gepflegt und ausgebildet wird. Als negative Ergänzung tritt das „Verbot jeder Kritik hinzu“. Die Vernichtung des kritischen Geistes wird im Geheimbund sogar planmäßig betrieben. Steiners Jüngerer wird bei solcher Auslese und Behandlung alle selbständigen Elemente ausmerzen — und nur autoritätsbedürftige, leicht beeinflussbare Menschen übrigbehalten. Diese werden durch lange, geduldig auszuführende Übungen vorbereitet und kommen wohl bald in eine Geistesverfassung, die äußeren Suggestionen leicht zugänglich ist.

Einige gesunde Grundgedanken stecken trotz alledem in Steiners Lehre. Die Konzentrationsfähigkeit des Geistes wird planmäßig geübt, und starke sittliche Anforderungen werden gestellt. Auf teilweise gefunder Basis aber erhebt sich ein phantastischer Bau, von mancherlei künstlerischem Gepräge. Alles in allem drängt sich uns das Wort Goethes auf die Lippen, daß er einst einer von ihm selbst verurteilten geistigen Massenkrankung, der sentimental-selbstüberdrüssigen „Werther-Krankheit“, entgegenstellte: „Sei ein Mann und folge mir nicht nach.“ Dient Steiner als rechtzeitige Warnung für unsere neue Bahnen suchende Kultur, so hat er in aller Verleugung positive Arbeit getan.

Carl Hauptmanns Bühnenspiel „Des Königs Harje“. Aus Weiningen wird uns berichtet: Kurz vor seinem Tode hat Carl Hauptmann mit dem Weinger Landestheater die Uraufführung seines schon 1903 entstandenen Bühnenspiels „Des Königs Harje“ vereinbart. Bislang hatte man das groß angelegte Werk, das dem Dichter selbst mehr ans Herz gewachsen war als seine übrigen Dichtungen, für unaufführbar gehalten. Intendant Dr. Ulrich vom Weinger Landestheater hatte die Uraufführung in monatlicher Arbeit vorbereitet. Die tiefe Wirkung, die die Vorstellung auslöste, wird dieses Lebenswerk des Dichters nun auch auf andere Bühnen uringen. An der Hand des Schicksals eines jungen Königs, der durch eine Revolution zur Randständigkeit, Einjamkeit und schließlich zur allumfassenden Menschenliebe reift, erörtert Carl Hauptmann die verschiedenartigsten Probleme des Lebens. Eine unendliche Fülle von Gedanken bildet den Hintergrund des Stückes, komplizierte seelische Vorgänge führt der Dichter in lyrische Szenen. Nirgends Einseitigkeit in der Form; realistische Bilder wechseln mit expressivistischen und romantischen. Un-

Groß-Berlin

Das Theater an der Haltestelle.

Unsere Straßenbahn-Haltestellen bilden sich immer mehr zu Sälen aus, an denen die Tragikomödien des Verkehrslebens kostenlos dargeboten werden. Die genießenden Zuschauer sind die Vorübergehenden und die Fahrgäste, die nicht an der betreffenden Haltestelle absteigen brauchen. Die anderen Fahrgäste können nicht genießen, da sie die Handtaschen sind. Die Spieler setzen sich nämlich aus den Fahrgästen, die absteigen wollen, aus solchen, die hinaufsteigen möchten und aus dem Straßenbahnpersonal zusammen. Gespielt wird auf dem Trittbrett, auf der Plattform in und vor dem Wagen. Das Spiel beginnt beim Abfahren des Wagens von der letzten Haltestelle dadurch, daß eine korpusulente Dame in höchster Eile dem Ausgang zustürzt, dabei nicht auf dem Boden des Wagens, sondern auf den Füßen der Stehenden und Sitzenden schreitend, das Gedränge auf der Plattform teilt und sich an beiden Stangen festhaltend den Aus- und Zugang des Wagens absperrt. Ihr folgt bald ein Herr, der abspringen möchte und vergebens einen Durchschlupf zum Trittbrett zu erspähen sucht. Während die Beiden nun in ein heftiges Zwiesgespräch eintreten, hat innerhalb des Wagens eine Veränderung stattgefunden. Ein Teil der Stehenden hat sich gesetzt, ein Teil der Sitzenden ist aufgestanden und hat sich in der Nähe des Ausgangs gruppiert.

Jetzt nähert sich der Wagen der Haltestelle. Etwa zwanzig Schritte vorher springt ein besonders eifriger und außergewöhnlich schlauer Herr auf das Trittbrett. Er will hinauf, der Herr oben will hinunter und die Dame dazwischen fungiert als unüberwindliche Absperrung. So fährt der Wagen die letzten paar Meter unter Begleitung der nebenherlaufenden Menge, die hinauf will. Endlich steht der Wagen still. Der Herr auf dem Trittbrett steigt auf die Füße der Umstehenden ab, die korpusulente Dame faßt unständlich Stellung auf dem Trittbrett, greift natürlich mit der rechten Hand nach der Stange, steigt statt nach vorn nach hinten ab und beginnt sich Bahn durch die dicht gedrängte Masse der Wartenden zu brechen. Der Herr folgt ihr — und nun gibt es wieder eine Stodung. Die aus dem Wagen kommen nicht heraus. Man merkt nur, daß dort ein heftiger Kampf ausgefochten wird, verursacht dadurch, daß das an dem Ausgang stehende Individuum aus irgendeinem Grunde nicht aussteigen will. Entweder hat es sich in der Haltestelle geirrt und will erst an der nächsten Haltestelle aussteigen, oder aber es hatte von vornherein nicht die Absicht auszufahren. Jedenfalls behauptet es standhaft seinen Platz am Ausgang und drückt mit aller Kraft gegen den Strom mit der Absicht, alle durch einen zentimeterdünnen Spalt zwischen seinem Körper und der Tür hindurchzulassen. Der Schaffner hält die hinaufwollenden zurück, die hinauswollenden drängen das Individuum schimpfend heraus, es schimpft wacker mit — doch der Strom ergreift sich über den Ausgang.

Endlich sind alle ausgestiegen, im Sturm nehmen die ersten die Plattform, da befindet sich eine Dame aus dem vordersten Teil des Wagens, daß sie doch eigentlich hier aussteigen könnte. Und nun beginnt die Arbeit gegen den Strom. Die Plattform wird erreicht, in dem Augenblick als das Abfahrtszeichen erklingt, und der letzte hinaufsteigende gerade auf dem Trittbrett steht. Nun gibt es ein Zwiesgespräch mit dem Schaffner, und sie drängt sich an den Ausgang, um bei der nächsten Haltestelle die Spielangeberin zu sein.

Optimisten glauben, daß mit ein bißchen gutem Willen und mit einer kleinen Anwendung von Vernunft sich dieses Haltestellen-theater bald abgespielt haben würde.

„Freier“ Zuckerverkehr.

Das gibt Arbeit für die Wucherkontrolle.

In den letzten Tagen sind uns Beschwerden darüber zugegangen, daß beim Zuckerverkehr die Käufer durch manche Händler überfordert worden seien. Eine Verordnung des Magistrats hatte bestimmt, daß die im Besitz des Handels gebliebenen Restbestände an Zucker noch zu dem bisherigen Preise ausgegeben werden sollten. Aus ihnen sollten in erster Linie die Kinder des ersten und zweiten Lebensjahres auf ihre Oktober-Milchkarten mit je 1 Pfund beliefert werden; der dann etwa noch bleibende Rest war an die eingetragenen Zuckertunden auf Abchnitt 91 der Hauptzuckerkarte mit je 1/2 Pfund abzugeben. Nun wird uns mitgeteilt, daß Zuckertunden bei Vorweisung ihrer Zuckerkarte von Händlern die Antwort erhielten, sie hätten keinen Zucker mehr vom Magistrat bekommen. In demselben Atemzuge boten die Händler aber

Zucker mit 7 M. pro Pfund

an, wobei sie durchblicken ließen, daß sie sich diese Ware hinterrum beschafft hätten. Hierzu wird der Verdacht geäußert, daß der angebotene Zucker noch aus dem vom Magistrat gelieferten Beständen herrühre und daß die „hinterrum“-Beschaffung nur vorgetäuscht wurde, um den hohen Preis zu begründen. In Wirklichkeit ist ja jetzt im Zuckerhandel überhaupt keine „hinterrum“-Beschaffung mehr nötig, wenn ein Händler die Verbraucher bewahren will. Vom freien Handel mit Zucker haben wir eine Blüte des freien Wuchers zu erwarten, wie wir sie bei anderen Lebensmitteln zur Genüge kennengelernt haben und die jetzt wieder bei den Kartoffeln schaudern erleben. Zur Abwehr sollten die Verbraucher jeden Fall von Bewucherung bei der Polizei melden, was übrigens auch den Wünschen ehrlüchler Händler entspricht, die mit den wuchernden Halunken nicht in demselben Topf geworfen werden möchten. Wir verweisen unsere Leser auf die im „Vorwärts“ Nr. 499 veröffentlichte Mitteilung, daß die Wucherkontrolle verschärft worden ist und das Polizeipräsidium um Anzeige jedes Wucherfalles bittet.

Der Schwindel ernährt seinen Mann.

Obersekretär Schneider aus Fürstenwalde nennt sich ein Lebensmittel-Schwindler, der es auf ältere alleinstehende Frauen in Berlin und Potsdam abgesehen hat. „Schneider“, ein Mann von etwa 55 bis 60 Jahren, der Thüringer Rundart spricht und eine schwarze Aktentasche bei sich trägt, sucht diese Frauen unter der Vorpiegelung auf, daß er von der „Gustav-Adolf-Stiftung“ komme und gleichzeitig vom Kommunalverband Fürstenwalde beauftragt sei, ihnen billige Lebensmittel zu beschaffen. Die Frauen leisten nun auf die Lebensmittel Anzahlungen von 100 bis 300 Mark, je nach der Höhe der Bestellung. Der Schwindler quittiert darüber mit einem Schein, der den roten Stempel „Kommunalverband Fürstenwalde“ trägt und den er mit „Schneider“, Obersekretär, unterschreibt. Das Treiben ist um so verwerflicher, als die betrogenen Frauen sich in der Regel in bedrängter Lage befinden. — Eine Frau in Trauerkleidung wendete sich in der Gegend des Stettiner Bahnhofs an Leute, die sie für geeignet hält und laßt ihnen ihr Leid, daß sie kein Geld zur Rückfahrt nach ihrer Heimat Oberwalde habe. Sie lockt damit mildtätigen Männern Beträge bis zu 50 Mark ab, die sie wiederzugeben verspricht. Die Schwindlerin ist sechsfach als eine 31 Jahre alte Arbeiterin Auguste Freise, die aus Osterode stammt und von der Oberstaatsanwaltschaft Prenzlau wegen Diebstahls gesucht wird.

Zu der Räumung von Notwohnungen, über die wir in Nr. 493 aus dem Verwaltungsbezirk 6 (Berlin-Kreuzberg) berichteten, äußert sich der Bezirksbürgermeister Dr. Kahle. Er

Die sozialen Kämpfe in Berlin.

Der Fremde, der in diesen Tagen die Reichshauptstadt besucht, findet in ihr, abgesehen von einer Ausnahme, keine bürgerlichen Blätter und muß alle möglichen Unbequemlichkeiten erdulden, weil er im Hotel kein Zimmer, keine Speisen und Getränke bekommt. Die Ursachen für ihn unangenehmen Geschehnissen sind ihm unbekannt, und darum stimmt er nur gar zu gern ein in das Geschimpfe über die freiküftigen Berliner, die ohne Rücksicht auf die innen- und außenpolitischen Verhältnisse des Landes ihre persönlichen Interessen immer in den Vordergrund stellen. Was ist an diesem Gerede wahr? Um was handelt es sich bei den beiden großen Kämpfen im Gastwirts- und im Buchdruckergewerbe?

Die Berliner Gastwirtsangestellten waren bis Ende 1918 wie ihre Kollegen im ganzen Reich auf das Trinkgeld angewiesen. Einen festen Lohn erhielten sie nicht. Wer in einem großen, von reichen Leuten besuchten Restaurant oder Hotel beschäftigt war, hatte ein immerhin ansehnliches Einkommen, der andere aber, der in kleinen Bierwirtschaften zu tun hatte, war dem Verhungern nahe. Dazu kam, daß durch das Trinkgeldsystem eine wüste Profitgier unter der Angestelltenchaft zur Blüte kam, daß jeder nur an sich und keiner an den anderen dachte. Jeder war bestrebt, ein möglichst hohes Einkommen zu erzielen. Das konnte er um so besser, je länger er arbeitete. Von einem Achtstundentag war im Gastwirtsberuf niemals die Rede. Die armen Angestellten plagten sich vom frühen Morgen bis in die späte Nacht und hatten am Ende doch nicht genug, um ihre Familie ernähren zu können. Der Unternehmer aber machte ein glänzendes Geschäft, denn die Löhne brauchte er nicht zu zahlen; dafür sorgten seine Gäste. Zu Anfang des Jahres 1919 forderten dann endlich die Gastwirtsangestellten das, was jeder Arbeiter als selbstverständlich hinnimmt und was ihm kein Mensch streitig machen wird: einen festen Lohn. Der Kampf war nicht erfolglos, das Trinkgeld wurde in der Hauptsache abgeschafft. Neben einem festen Lohn gab es ein zehnprozentiges Bedienungsgeld. Den Unternehmern war das reichlich unerwünscht, und im letzten Sommer versuchten sie, diese Erwerbseinkünfte ihrer Angestellten zu vernichten. Auch in Berlin entbrannte der Kampf um die Frage: Trinkgeld oder fester Lohn. Ein Schiedsgericht des Schlichtungsausschusses sprach den Kellnern einen festen Lohn und 3 Proz. Provision vom Umsatz zu. Diese Provision erachtete der Schlichtungsausschuss für notwendig, um das Interesse der Arbeiterschaft am Betriebe wachzuhalten. Die Angestellten nahmen diesen Schiedspruch auch an, der aber von den Arbeitgebern abgelehnt wurde. So kam es denn zum Kampf, der sich jetzt, nach drei Wochen, offenbar seinem Ende zuneigt.

Das Ziel dieses Kampfes ist kein materielles. Ueber Lohnforderungen ist überhaupt noch nicht gesprochen worden. Sie stehen in zweiter Linie. In erster Reihe steht der Kampf um ein anständiges und in der ganzen Industrie, im Handel und in der Landwirtschaft übliches Lohnsystem. Die Kellner, die Zimmermädchen und die Hausdiener wollen nicht mehr abhängig sein von dem Umfang der Briefstöße eines ihrer Gäste, sie wollen, wie alle anderen Menschen, eine möglichst gesicherte Existenz haben. Der Kampf gegen das Trinkgeld ist ein Kampf gegen das Schmarotzertum, das sich unter seiner Herrschaft breitgemacht hat. Der Kampf um den festen Lohn ist ein Mittel zur Erziehung selbstbewusster Menschen. Wer diesen Kampf sabotiert oder wer ihn, wie die bürgerliche Presse, unausgesetzt verkleinert, spricht einem Teil der Arbeiterschaft das ab, was in uns allen lebt: Menschenwürde!

Der Kampf im Berliner Buchdruckergewerbe, der, statt zu der erhofften Einigung, zu einer sehr bedauerlichen Verschärfung geführt hat, hat im Grunde genommen dieselben Ursachen wie der Streik im Gastwirtsberuf. Auch hier handelt es sich um

erzählt allerlei Bekanntes von der Schwierigkeit und den erfolglosen Versuchen, für das Bezirksamt geeignete Räume zu finden. Den Bewohnern der Notwohnungen in dem Neubau der Friedrich-Werderschen Oberrealschule (Vorstr. 10), den der Magistrat dem Bezirksamt überlassen hat, wolle das Wohnungsamt einwandfreie Ersatzquartiere schaffen. Wenn zu Räumungsklagen geschritten werden mußte, schließt Dr. Kahle, „so war dies nur geschehen, weil die Mieter vielfach nachgewiesene brauchbare Wohnungen ohne sachlichen Grund abgelehnt haben“. Eben das wird bestritten, daß die Räumungsklagen immer berechtigt gewesen seien. Was man unter einer „brauchbaren“ Wohnung versteht, darüber gehen die Meinungen auseinander.

Der Ju-Jitsu-Meister Erich Rahn sendet uns mit Bezug auf die Ausführungen in der Ausgabe vom 20. Oktober: Ju-Jitsu „für den Ernstfall“ folgende Zeilen: „Aus dem Artikel könnte gefolgert werden, daß die Kunst des persönlichen Selbstschutzes nur Polizeibeamten und bestimmten Volkstufen und nicht dem Arbeiter zugehöre. Dem ist aber nicht so. Ich habe unter meinen Schülern aus verschiedenen Gesellschaftsklassen auch Arbeiter, die mir genau so wert sind, wie die Interessierten aus anderen Berufen. Mit irgendwelcher Politik hat das gar nichts zu tun. Meine von den Herren Kritikern sogenannte „heimliche unheimliche Waffe“ soll gegen keinerlei anständige Leute gerichtet sein, sondern gegen Verbrecher und Gesindel, denn auch ein schwächlicher Mensch, der Ju-Jitsu kann, ist gegen diese Herrschaften nicht wehrlos. Es würde mir eine Ehre und eine Freude sein, den Vorstoß Ihres Herrn Mitarbeiter aufzugreifen zu können, um einer breiteren Volksmasse die Art meiner Selbstverteidigung vorzuführen. Ich werde mich gern in diesem Sinne bemühen, und wenn ich dabei Erfolg habe, einen größeren Saal zu bekommen, werde ich mir die Ehre geben, die Arbeiter im besonderen einzuladen.“

Schlängennachwuchs im Aquarium. Im Berliner Aquarium sind vor kurzem fünf Kestulap-Rattern den hier gelegten Eiern entschlüpft und in dem Terrarium Nr. 25 aufgestellt. Sie haben wenig Neugierigkeit mit ihren Erzeugern und erinnern durch ihre gelbliche Kopfschleimhaut etwas an Ringelnattern, während die alten Stücke oberseits fast einfarbig braun sind. Die Kestulap-Ratter, im nördlichen Mittelmeergebiet heimisch, kommt in Deutschland nur in Schlangenbad und Pangenschwabach vor, wobei die Vermutung besteht, daß sie durch die Römer zu Kulturschlangen dort eingeführt worden ist. Diese schöne, ungiftige Schlange gehört zu den gewandtesten Kletterkünstlern und lebt namentlich von kleinen Warmblütern.

Die „Unterrichtsstufe für Arbeiter“ E. A. beginnen am 10. Nov. ihr Wintersemester. Geleitet wird dieses Deutsch-Institut und schreiben und leser rechnen. Vorkurs befreit für einen Kursus 5 M. Arbeitslose erhalten Freikarten. Anmeldungen werden in der Woche vom 24. bis 29. Oktober abends von 7, bis 9, Uhr in den Schullokalen entgegengenommen. Montag: Reutbahn, Kaiser-Friedrich-Str. 205/10; Dienstag: Gipsstr. 28a; Mittwoch: Nützenberg, Ralmsdorfstr. 8; Donnerstag: Gipsstr. 40 und Bodumer Str. 8; Freitag: Reutbahn, Kaiser-Friedrich-Str. 205/10; Sonnabend: Niedermüllstr. 12.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgebung. Ein wenig kühler, veränderlich, aber wenig bewölkt, mit etwas Regen und frischen Südwestlichen Winden.

Die Sicherstellung der Existenz, auch hier handelt es sich um den Kampf gegen den Hunger. Die deutschen Buchdrucker waren bis zum Kriege mit die bestbezahltesten deutschen Arbeiter. Sie sind aber auch der friedfertigste und disziplinierteste Teil der deutschen Arbeiterschaft. Darin liegt vielleicht die Ursache für die Tatsache, daß die Kulturarbeit im Laufe der Zeit mit ihren Löhnen nicht nur weit hinter der Teuerung, sondern auch sehr weit hinter anderen Arbeiterkategorien zurückgefallen. Der Tarifgedanke war bei den Buchdruckern so fest verankert, daß sie selbst den Hunger erduldeten, um den Tarif nicht zu untergraben. Das alles hat natürlich einmal ein Ende. Und dieses Ende kommt um so schneller, je widerpenflicher sich die Unternehmerschaft zeigt.

Legitimistisch, am 19. September d. J., fanden zentrale Verhandlungen statt, die die Lohnverhältnisse regeln sollten. Die Zugeständnisse der Unternehmer, die sächsisch Rechtskraft erhielten, waren aber so, daß sie in der Gehilfenchaft große Erregung hervorriefen. Seit Wochen wird in den Mitgliedschaften des Deutschen Buchdruckerverbandes hart um diese Zugeständnisse gerungen. Wie die Stimmung ist, zeigt die Tatsache, daß bis heute von 160 Orten, die zu diesem neuen Tarifabkommen Stellung nahmen, 64 die Abmachungen ablehnten. In 14 Orten, unter denen sich Hamburg, Erfurt, Dormstadt, Eisenach, Bielefeld, Hildesheim und andere befinden, ist es bereits zu örtlichen Streiks gekommen, während in vier Orten Tarifkonflikte entstanden.

Der unmittelbare Anlaß zum Berliner Konflikt ist gewissermaßen ein Rechtsirrtum. Die Berliner Gehilfenchaft hatte mit ihrer Prinzipalität im Juni ein Abkommen getroffen, das eine Zulage von 5 bis 15 M. brachte. Das Personal der Firma Rosse glaubte nun, auch nach der zentralen Regelung vom September noch einen Anspruch auf die sich aus dieser Abmachung ergebende Differenz zu haben. Rosse weigerte sich natürlich zu zahlen, und beantwortete die Forderung mit der Entlassung des technischen Personals. Die anderen Unternehmer erklärten sich solidarisch, und da die Arbeiter dasselbe taten, indem sie sich weigerten, Streikarbeit für Rosse herzustellen, wurde zur Gesamtspernung geschritten.

Man kann über die Taktik der Rosse'schen Belegschaft verschiedene Meinungen sein. Man kann sogar zugeben, daß sie nicht richtig gehandelt hat. Aber man kann ihnen nicht das Recht abstreiten, für eine Erhöhung ihrer Löhne zu sorgen, denn man muß bedenken, daß die Septemberzulage Minimumlöhne von wöchentlich 385 M. in der höchsten Stufe für Verheiratete und von 372 für Ledige geschaffen hat. Damit kann in Berlin eine Familie nicht existieren. Die Forderung der Rosse-Arbeiter hätte ihnen auch nicht sehr viel genützt, aber sie hätte doch wenigstens etwas helfen können und den Zeitungsverlegern, die wahrhaftig nicht so elend daran sind, wie sie glauben machen wollen, wäre bei Bewilligung dieser Zulage kein Schaden geschehen. Nach unserer felsenfesten Ueberzeugung hätte bei einigem guten Willen eine Verständigung erreicht werden können. Aber nach der Erklärung der Berliner Zeitungsverleger sind wir uns auch nicht mehr im Zweifel darüber, daß die Arbeiterschaft auf diesen Augenblick gewartet hat, daß sie den Kampf wollte.

Von diesem Augenblick an ist die Ausspernung im Buchdruckergewerbe nicht mehr Sache nur der Berliner Buchdrucker, sie ist damit zur Sache der Berliner Arbeiter geworden. Diese können und werden nicht mehr nach der Ursache des Streites fragen, sie setzen jetzt nur noch den Willen der Unternehmerschaft, einen Schlag gegen die Arbeiter zu führen und sie werden sich getragen von der Solidarität zu ihren Arbeitsbrüdern, in Reich und Glied mit ihnen stehen und werden den Kampf gegen die Buchdrucker, den sie als den Kampf gegen sich selbst ansehen, mit allen Kräften abwehren.

Gewinn-Anzucht

18. Preuß.-Stätt. (244. Preuß.) Klassen-Lotterie
5. Klasse. 7. Ziehungs-Tag. 21. Oktober 1921.

„Auf jede geeignete Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer aus der die gleiche Nummer in den beiden Abteilungen I und II“

Die Straße.	Nachdruck verboten.
In der Vermittlungsziehung wurden Gewinne über 400 Mark gezogen:	
4 M 1000 M 55320 73879	
10 M 5000 M 17531 182302 198283 203765 287237	
30 M 3000 M 4023 18111 24039 40705 65405 66873 69661 73644 89518	
97005 100.91 108977 110560 112905 117139 125828 127417 140206 142599	
146320 160505 161483 164459 168988 174261 178320 182203 186197 192811	
193871 203503 207953 208460 217422 217578 217735 224.05 228612 235230	
248495 247053 252824 257341 277440 282843 286189 300958	
378 M 1000 M 320 9115 4468 5728 6591 6882 6932 71679 10160	
10826 20613 22558 25882 27982 28707 29035 29341 30128 34.09 39.49	
39689 40431 41798 42808 42987 43452 44024 45379 46321 46400 47003	
50332 61273 64623 66983 61931 61779 62870 63271 63570 64403 65931	
71094 71877 72824 73003 74088 76881 77282 78581 81074 81192 84431	
90277 92385 95858 96385 97317 98009 99334 99385 100074 101828 102507	
104047 109960 109661 107234 107419 108411 109276 110098 112647 114185	
119318 120311 121480 123074 123736 125274 128823 129740 129725 1353.4	
137998 142438 142670 143818 143783 148380 148413 149095 151059 152384	
152932 156.094 157749 162827 162778 161187 162588 163284 163444 163485	
163560 165641 168934 187021 167085 170313 170598 171181 172813 173500	
173876 185189 188585 186124 181285 192825 192888 193337 193417 1950.0	
197802 198121 201885 204047 204353 211901 211049 214829 215060 216863	
217245 217604 217956 222351 228113 234511 237771 237840 238668 239157	
240297 242281 242697 242844 243772 243806 245055 245237 249213 249277	
242484 247174 247437 248288 249184 250000 251033 251572 251954 251977	
263381 267804 263183 269823 269905 261080 264144 266624 267258 267.812	
268649 270477 271724 276185 277105 277720 278801 279777 280322 282627	
284306 290043 290208 297909 297771	

Die Straße.	Nachdruck verboten.
In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 Mark gezogen:	
6 M 10000 M 100441 110405 211239	
22 M 5000 M 1661 8003 40880 40825 62717 176330 189337 201047	
222092 268149 282290	
112 M 3000 M 471 7879 10376 10640 12208 33872 44327 46056 48138	
48352 48706 50190 57174 69773 81047 83354 86878 102048 113116 113301	
115847 118148 125.62 133191 144028 145034 148939 161024 161179	
163782 169789 174547 178283 184033 190019 192760 200997 203022 210569	
217087 226388 229101 231084 236124 237324 246863 247202 266441 266638	
261873 263916 264134 271590 274036 291934 292860	
320 M 1000 M 189 347 2775 2414 3694 8948 9170 10390 12254	
16936 18154 22378 22438 23704 27846 32486 36948 37286 39820 41428	
50533 61316 61853 65213 66417 61151 66290 69874 70644 72842 75789	
80218 11834 33027 43837 64220 89548 90613 92275 95147 98891 100674	
102398 103313 104820 108028 107847 108301 113870 117418 121306 123790	
124099 130433 134180 135201 135440 139147 137386 141516 143247 143284	
144559 146215 149304 148854 148989 161360 164061 165123 166803 166773	
168724 158072 168192 169265 169963 164417 166091 166271 169288 169677	
167299 167811 168056 168176 170572 172319 173410 173306 173560 174288	
174053 178122 180728 181704 180600 188307 187228 188716 189490 191621	
191301 193849 193960 195008 200447 201041 202206 202622 210708 218015	
213619 214873 218396 219000 219604 219119 219649 223620 226069 228299	
229034 232990 234819 234854 235370 235466 240226 240838 247260 251919	
262924 262774 266003 266883 267704 269952 263349 274830 266035 266464	
266836 267081 267669 267997 267999 270781 270596 278263 281463 282633	
282263 288337 298098 292801 294225 295167 295199 295199 2.7893	

Die in dem vorstehenden Gewinn-Anzucht nicht enthaltenen niedrigeren Gewinne sind aus dem Zettel zu ersehen, die bei den amtlichen Lotterien-Einnahmern zur nachgelassenen Einsicht aufbewahrt.

Verantwortlich für den Inhalt: Karl Dr. Werner, Berlin, Unter den Eichen 10. Druck: Berlin, Verlag: Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin, Unter den Eichen 10.

